



1000 BRÜSSEL

29-01-1993

Leopoldstraat 6 - Rue Léopold 6
Tel. 02/240.10.11

An Herrn Guy LUTGEN
Minister für die Umwelt,
die natürlichen Ressourcen
und für die Landwirtschaft
der Wallonischen Region
Square de Meeûs, 35

1040 BRÜSSEL

I/Schreiben vom

I/Ref.

U/Ref.

Beilagen

19.066/II/PD

JP./DV.

Betreff: Verwaltung der Wasser- und Forstwirtschaft - Sprach-
kenntnisse des im deutschsprachigen Gebiet beschäftigten
Personals - Fall COLLEAU

Sehr geehrter Herr Minister,

die Vereinigten Abteilungen der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle haben in ihren Sitzungen vom 4. Februar 1988, 10. März 1988, 10. Januar 1991, 4. Dezember 1991 und 28. Oktober 1992 eine Klage untersucht, die am 16. März 1987 aufgrund der Tatsache eingereicht worden war, daß Herr COLLEAU, Ingenieur der Verwaltung der Wasser- und Forstwirtschaft, welcher damit beauftragt wurde, zwischenzeitlich den Dienst des Forstamtsleiters in Eupen zu versehen, nicht über die erforderliche Kenntnis der deutschen Sprache verfügt.

Aus den Auskünften, welche die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle eingeholt hat, geht hervor:

- daß Herr COLLEAU am 1. Juni 1968 seinen Dienst als Landwirtschaftsingenieur-Praktikant im Landwirtschaftsministerium angetreten hat;
- daß er am 17. November 1975 und am 18. Februar 1976 die Prüfungen (schriftlich und mündlich) vor dem Ständigen Sekretariat zur Anwerbung des Staatspersonals bestanden hat, welche in Anwendung der Anordnungen von Artikel 9, Paragraph 2 des Königlichen Erlasses Nr. IX vom 30. November 1966 organisiert wurden, welcher die Ausstellungsbedingungen der Bescheinigungen

für Sprachenkenntnisse festlegt, welche Artikel 53 der durch den Königlichen Erlaß vom 18.Juli 1966 koordinierten Gesetze bezüglich des Sprachengebrauchs in Verwaltungsangelegenheiten vorsieht; es handelte sich dabei um eine Prüfung der ausreichenden Kenntnis der deutschen Sprache;

- daß Herr COLLEAU ab dem 1.Oktober 1976 dem Walhorner Forstamt, dessen Sitz sich in Eupen befindet, zugeteilt wurde;
- daß er vom 26.Februar 1986 bis zum 30.Juni 1987 die Leitung des Eupener Forstamtes zeitweilig übernommen hat;
- daß er am 1.November 1990 zum Hauptingenieur ernannt wurde und zur Zeit für das Walhorner Forstamt verantwortlich ist;
- daß sich der Tätigkeitsbereich des Eupener Forstamtes, dessen Sitz sich in Eupen befindet, auf einen Teil der Eupener und Raerener Gemeinden, die sich im deutschsprachigen Gebiet befinden, sowie auf einen Teil der ehemaligen Gemeinde Robertville erstreckt, welche zur Zeit der Gemeinde Weismes angehört; eine Malmedyer Gemeinde, welche zum französischsprachigen Gebiet gehört;
- daß es sich demzufolge um eine regionale Dienststelle im Sinne von Artikel 36, Paragraph 2 der Gesetze bezüglich des Sprachengebrauchs in Verwaltungsangelegenheiten handelt;
- daß das Walhorner Forstamt, dessen Sitz sich in Eupen befindet und dessen Tätigkeitsbereich sich auf Teile der Eupener und Raerener Gemeinden, auf die Gemeinden von Kelmis und Lontzen, alle im deutschsprachigen Gebiet liegend, sowie auf die Gemeinden von Bleyberg und von Aubel erstreckt, die sich im französischsprachigen Gebiet befinden, ebenfalls eine regionale Dienststelle im Sinne von Artikel 36, Paragraph 2 der koordinierten Sprachengesetze ist.

Laut Artikel 36, Paragraph 2 der koordinierten Sprachengesetze bestimmt der König, wobei er sich auf die Prinzipien von Paragraph 1 stützt, die Sprachenregelung für die regionalen Dienststellen, deren Tätigkeitsbereich sich auf Gemeinden mehrerer Sprachgebiete erstreckt, zu denen nicht die Hauptstadt Brüssel gehört, und deren Sitz sich in einer Malmedyer Gemeinde oder in einer Gemeinde des deutschsprachigen Gebiets befindet.

In ihrem Gutachten Nr.2313 vom 8.Januar 1970 hat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle festgestellt, daß der König, was die regionalen Dienststellen betrifft, auf welche Artikel 36, Paragraph 2 der koordinierten Sprachengesetze verweist, nicht von der ihm durch das Gesetz zuerkannten Möglichkeit Gebrauch gemacht hat und daß es in Ermangelung eines solchen Königlichen Erlasses angebracht ist, die allgemeine Systematik der Gesetzgebung und, falls erforderlich, die Prinzipien von Artikel 36, Paragraph 1 zu berücksichtigen.

In ihrem Gutachten Nr.13.181 vom 1.Juli 1982 hat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle die Ansicht vertreten, daß aufgrund der Artikel 15, Paragraph 1 und 38, Paragraph 1 und 2 der koordinierten Sprachengesetze die Beamten der Verwaltung der Wasser- und Forstwirtschaft, welche lokalen Dienststellen des deutschsprachigen Gebietes oder regionalen Dienststellen im Sinne von Artikel 34, Paragraph 1,b oder im Sinne von Artikel 36, Paragraph 2 zugeteilt werden, die Sprache des Gebietes, d.h. im vorliegenden Fall die deutsche Sprache beherrschen müssen, wenn sich der Sitz der Dienststelle im deutschsprachigen Gebiet befindet; daß diese Kenntnis der deutschen Sprache gemäß der in Artikel 15, Paragraph 1 der koordinierten Sprachengesetze und der in Artikel 7 des Königlichen Erlasses Nr.IX vom 30.November 1966 angeführten Regeln nachgewiesen werden muß.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle stellt fest, daß Herr COLLEAU, französischsprachiger Beamter, der eine Prüfung der ausreichenden Kenntnis der deutschen Sprache bestanden hat, nicht die sprachlichen Bedingungen des durch Artikel 15, Paragraph 1 der koordinierten Sprachengesetze und durch Artikel 7 des Königlichen Erlasses Nr.IX vom 30.November 1966 vorgeschriebenen Niveaus erfüllt.

Demzufolge erklärt die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle die Klage für zulässig und begründet: Es obliegt der Wallonischen Region, dem Walhorer Forstamt eventuell einen anderen Beamten zuzuteilen, welcher die erforderlichen sprachlichen Bedingungen erfüllt.

Das vorliegende Gutachten wird dem Kläger zugestellt.

Hochachtungsvoll

Die Präsidentin

A. VAN CAUWELAERT - DE WYELS